

Halle und Umgebung.

Streit um die Kreissteuer von 92 Prozent.

Wegen der Gültigkeit eines Gemeindefachbeschlusses war zwischen dem Verwaltungsdirektor A. zu Halle und dem Magistrat ein bemerkenswerter Rechtsstreit entstanden. Es folgte in Halle 328 Pros. Gemeindefachbeschlusses für das Rechnungsjahr 1919 zur Erhebung gelangen. Die hiesigen Kollegen hatten dann aber beschlossen, fernerhin noch 92 Pros., d. h. zusammen 420 Pros. zu erheben. Vom Bezirksausschuß wurde dieser Beschluß genehmigt. Nachdem A. auf Grund des zuletzt ergangenen Beschlusses für das Steuerjahr 1919 abermals zur Zahlung von Gemeindefachbeschlüssen herangezogen worden war, erhob er nach fruchtlosem Einspruch Klage beim Bezirksausschuß und betonte, daß in Betracht kommende Beschluß sei unzulässig. Die Umlage brauche nicht vorgenommen zu werden, eine Nachveranlagung sei gemäß Paragraph 84 des Kommunalabgabengesetzes nicht zulässig. Der Bezirksausschuß erkannte aber auf Abweisung der Klage und betonte, eine unzulässige Veranlagung liege nicht vor; die neue Umlage sei genehmigt worden; solche Umlagen können in ein und demselben Steuerjahre mehrfach beschlossen werden.

Diese Entscheidung fasst A. durch Revision beim Oberverwaltungsgericht an, welches indessen die Revision als nicht begründet zurückwies, da die Verurteilung einer Rechtskraft nicht erkennen lasse.

Wahlbeeinflussung

durch die Kreisbauernschaft des Saalkreises.

In welcher Weise die angelegentlich politische neutrale Kreisbauernschaft des Saalkreises verfährt, auf Kandidaten, die dem landwirtschaftlichen Beruf angehören und sich auf der Kreisliste der Bauernschaft zur Wahl befinden, einzuwirken, geht aus nachstehendem Schreiben hervor, das an die demokratischen Kandidaten gerichtet worden ist:

Herrn Outsberger Wilh. Giesler, Braugschiff bei Niemburg

Zu unserem lebhaften Bedauern finden wir in der Kandidatenliste der Deutschdemokratischen Partei Ihres Namens unter den Kandidaten für den Kreisstag des Saalkreises.

Wir überlegen Ihnen in der Anlage den Wahlvorschlag des „Ernährungsblocks“, dem Sie entnehmen wollen, daß wir unabhängig von allen parteipolitischen Interessen unsere Kandidatenliste für den Kreisstag aufgestellt haben. Je einseitiger diese Liste gewählt wird, um so mehr haben wir Aussicht, die Zweierliste, die Mehrheit der Unabhängigen im letzten Kreisstag zu brechen. Jede Sonderliste erreicht sich als höchlich, sie führt nur zu Verwirrung der bürgerlichen Stimmen.

Schon aus diesen Gesichtspunkten heraus hätten wir erwartet, daß Sie sich mit dieser Organisation in Verbindung setzen, ehe Sie sich in der Kandidatenliste der Deutschdemokratischen Partei benennen lassen.

Wir müssen aber auch mit Rücksicht auf die Einigkeit und Gleichheit der Landwirte Wert darauf legen, daß unsere Mitglieder sich den Mehrheitsbeschlüssen der Kreisbauernschaft anordnen. Wenn Sie den Wunsch hatten, für den Kreisstag zu kandidieren, war es Ihre eigene Organisation, an die Sie sich wenden mußten.

Wir erwarten deshalb auch heute noch von Ihnen, daß Sie es ablehnen, für eine Liste zu kandidieren, die lediglich parteipolitisch aufgestellt ist.

Wäre die landwirtschaftliche Partei eine parteipolitische Stellungnahme im Kreisstage hervorgebracht hat, hätten wir ja im letzten Jahre zur Genüge erfahren.

Für die Verwaltung des Kreises sind nur wirtschaftliche aber nicht parteipolitische Momente maßgebend.

In der Liste des „Ernährungsblocks“ finden Sie deshalb Männer jeder Parteizugehörigkeit und jeden Berufsstandes vertreten.

Wir sprechen nochmals die Hoffnung aus, daß Sie sich den Gedanken eines einheitlichen Vorgehens nicht verschließen werden und von der Kandidatur auf der Parteiliste von der Deutschdemokratischen Partei zurücktreten werden.

In der Hoffnung, eine zugehörige Antwort von Ihnen zu erhalten, zeichnen wir

hochachtungsvoll i. V. K. Reichhoff.

Diese Art Wahlbeeinflussung erinnert ganz an die früheren Zeiten, als die Herren Großgrundbesitzer durch den Bund der Landwirte ihre Macht ausübten und jeden Landwirt, der sich ihnen nicht politisch unterwarf, in Acht und Bann setzten. Die Kreisbauernschaft des Saalkreises befindet sich durch obiges Schreiben, daß sie auch heute noch genau nach der Methode des „Bundes der Landwirte“ handelt und sich dabei auch wieder, wie es früher geschah, gern den Mantel parteipolitischer Neutralität umhängt.

Es spricht von einem „Ernährungsblock“. Wer hinter diesem sogenannten „Ernährungsblock“ steht, ist für jeden, der nur einigermaßen die Reichskasse kennt, nicht schwer zu erraten. Was es ist, ist nicht an der Zeit, daß die Bauernliste sich nicht mehr in solcher Weise einseitig beeinflussen und für die konservativ-deutschnationale Politik missbrauchen lassen.

Die Not der Auslandsdeutschen.

Die Deutsche Demokratische Partei veranlaßte am Sonntag vormittag im Palais des ehemaligen Reichspräsidenten, in welcher der Abgeordnete des sächsisch-polnischen Reichstags, Dr. Kosta, Sekretär der Handelskammer in Reichenberg in Wismar, über die Not der Deutschen in der Tschechoslowakei sprach. Nach Begrüßungsworten des Leiters der Sammlung, Unterstaatssekretär Lubin, eröffnet der Redner das Wort. Von seinen Ausführungen geben wir folgendes mit:

Auf der Räteberger Tagung der Deutschen Demokratischen Partei wurde der Bundesrat ausgesprochen, daß wir Brüderpartei aus der beiden benachteiligten Ländern zusammenzutreten müßten. In diesem Sinne ist die heutige Versammlung veranlaßt worden.

Als die Revolution ausbrach, hatten wir große Hoffnungen, daß sich nur alles erfüllen würde, was wir seit Jahrzehnten erstrebt hatten. Wir sind schwer enttäuscht worden. Die Tschechoslowakei hat nicht verstanden, sich eine eigene wirtschaftliche Grundlage zu schaffen. Das Pariser Einkommen trifft alle Deutschen und somit auch uns.

Die Beziehungen zur Sozialdemokratie werden hier den Demokraten vorgehalten, während man sie uns als Bündnis anrechnet. Gehören die Arbeiter nicht zur Nation? Durch die absonderliche Haltung ihnen gegenüber schadet man dem ganzen Volk. Im sächsischen Parlament sind auch die Nationalisten davon überzeugt, daß die Beziehungen zur Sozialdemokratie zu pflegen sind. Wenn wir Bürgerlichen zur Zusammenarbeit mit den Republikanern nicht aufrecht erhalten, werden immer mehr von ihnen sich den Bolschewisten anschließen. Der Frieden in der Welt kann nur kommen auf dem Wege der Demokratie.

Nach der Volkszählung von 1910 hat die heutige Tschechoslowakei 13,6 Millionen Einwohner. Darunter sind 6,2 Millionen Tschechen, 1,8 Tschechen, 3,8 Deutsche, außerdem 1,8 Ungarn, Polen und Ruthenen. Dennoch sind also 40,6 Prozent nicht tschechisch-slowakischen Stammes, so daß wir keine Nationalität haben, sondern eine Nationalitätenzahl haben. Die Tschechen allein besitzen nicht die Majorität. Die Slowenen wollen autonom werden, hauptsächlich deshalb, um Einfluß auf die Staatsstreifen zu haben. Eine tschechisch-slowakische Staatsprache gibt es nicht.

Den meisten Hunderttausend Karpaten-Russen hat man in der Veranlagung die Autonomie gegeben, nicht aber den fast 4 Millionen Deutschen. Bei Deutschen werden in jeder Weise brutalisiert. Wir werden als Kolonialisten behandelt, weder nur gegenüber der Arbeiter nicht zur Nation? Durch die absonderliche Haltung ihnen gegenüber schadet man dem ganzen Volk. Im sächsischen Parlament sind auch die Nationalisten davon überzeugt, daß die Beziehungen zur Sozialdemokratie zu pflegen sind. Wenn wir Bürgerlichen zur Zusammenarbeit mit den Republikanern nicht aufrecht erhalten, werden immer mehr von ihnen sich den Bolschewisten anschließen. Der Frieden in der Welt kann nur kommen auf dem Wege der Demokratie.

Die Schulen werden in brutaler Weise sibirisiert. In Nordböhmen sind 1000 deutsche Schulkinder gesperrt worden; erst nach beständiger parlamentarischer Kämpfe hat man ganze 1000 wieder freigekauft. Kältern mit 40 und mehr deutschen Kindern wurden gesperrt, um von sechs tschechischen Kindern befreit zu werden.

Die Veranlagung ist ein imperialistisches Maßwerk. Das Recht der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, das sie verheißt, wird in keiner Hinsicht gehalten. Das hohe Wort daß die Tschechoslowakei eine größere Schweiz sei, ist eine große Lüge.

Auf wirtschaftlichem Gebiete liegen die Verhältnisse ärmlich. Die landwirtschaftlichen und ertragsreichsten Wirtschaftsgebiete liegen im Besitz der Deutschen. Wegen die deutsche Industrie ist die tschechische ge-ling. Dabei haben die deutschen Industriellen nichts zu sagen.

Zu einer Forderung können wir nicht schreiten, da das große Bruderwort der Deutschen uns nicht helfen kann. Ein gefälliger Ansicht aber können Sie uns wohl beistimmen sein. Sie können uns durch Beizugung Ihrer Teilnahme an unserem Gedächtnis vor Schwäche und Knechtung bewahren und in uns die Hoffnung nähren, daß einmal der Tag kommen wird, da alle Deutschen ein gemeinsames Band umschlagen, da der Nationalismus aus hier in Tschechien nicht mehr parteipolitisch, sondern wie von uns schon jetzt vielfach verstanden wird. (Beifälliger Beifall.)

Projektor Lubin dankte dem Redner und sagte, an dessen letzte Rede anknüpfend, hierzu: Die Deutsche Demokratische Partei ist die einzige Partei, die immer großmütig gedacht hat. Von unsern verachteten Brüdern wird immer wieder Gebrauch in den Werbungen gemacht. Da müssen wir doch fragen: Was nützt dem gesamten Deutschland das Kleinbündnis mit Rußland war nur eine Waage in der Entscheidung, nur ein Schritt auf dem Wege zum großen Deutschland, das einmal alle Völker deutscher Zunge umspannen wird. (Beifall.)

Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Über die Auskubung der Allgemeinen Ortsvereine

gestern abend, geht aus folgender Bericht zu: Gestern abend fand eine außerordentliche Sitzung, die erste des neugewählten Ausschusses, statt. Der Vorsitzende der Kasse, Schriftführer Kieemann (kommunist), eröffnete die Sitzung, worauf Vizepräsident Reiche als ältestes Mitglied die förmliche Sitzung der Versammlung übernahm. Es wurde beschlossen, daß der Vorsitzende des Ausschusses abtritt. Während man bei Gründung der Allgemeinen Ortsvereine zwischen den Arbeitgebern und den Vertriebenen Vereinbarungen getroffen hatte, daß die Vorsitzenden der Kasse sowie die Ausschüsse paritätisch aus den Arbeitgebern und aus den Kreisen der Beschäftigten gewählt werden, wurden diese früheren Vereinbarungen

gen jetzt über den Haufen geworfen. Da die Kommunisten den 1. Vorsitzenden der Kasse für sich in Anspruch nahmen, glaubte man, daß der Vorsitzende des Ausschusses aus den Reihen der Arbeitgeber gewählt werden würde. Dies geschah nicht. Die Arbeitgeber traten Direktor Gitterman als Ausschussvorsitzenden in Aussicht, während die Kommunisten den Schriftführer Elich in Aussicht nahmen, letzterer wurde wegen der Stimmen der Arbeitgeber und die Stimmen der Vertreter der christlichen Gewerkschaften zum Ausschussvorsitzenden gewählt.

In den Ausschuss zur Prüfung des Vorantrags für das Jahr 1921 wurden 2 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer und mehrere Stellvertreter gewählt.

Die Wahl zweier Vertreter zur Vertretung der Kasse bei Gewerkschaftsversammlungen oder Besetzung von Grundblöcken führte weiter dahin, daß die Arbeitgeber, die doch gerade in diesen Fragen ihr laudmännliches Urteil abgeben könnten, ausgeschlossen wurden. Es wurden die Kommunisten Vizepräsident Elich und Kieemann als Stellvertreter gewählt.

Die Wahl zweier Vertreter zur Vertretung der Kasse bei Gewerkschaftsversammlungen oder Besetzung von Grundblöcken führte weiter dahin, daß die Arbeitgeber, die doch gerade in diesen Fragen ihr laudmännliches Urteil abgeben könnten, ausgeschlossen wurden. Es wurden die Kommunisten Vizepräsident Elich und Kieemann als Stellvertreter gewählt.

Die städtische Frauenschule

Burgstraße 45.

Im September 1920 hat in Berlin ein dreiwöchiger Lehrgang für Dozentinnen an Frauenschulen stattgefunden, an den sich eine Konferenz im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für die Direktoren (Dozentinnen) und Oberinnen der städtischen Frauenschulen beteiligte. Der sachliche Inhalt und die Bedeutung der Verhandlungen zeigen, wie sehr der Grundgedanke der Frauenschulen 1908 des Verhältnisses für den Frauenbildungsgedanken sich verbreitert und vertieft hat, denn daß das junge Mädchen eine Bildungsmöglichkeit haben muß, wo es in seine Pflichten als Mutter und Bürgerin eingeweiht wird, ist heute ein allgemein anerkanntes Gebot. Die nächsten Schritte werden die Bildungsform zu finden haben durch die allen Töchtern unseres Volkes das Verhältnisses für solche Pflichten zu vermitteln ist. Die ursprünglich als zweijährig gedachte berufliche Frauenschule hat sich in der Zeit der Zeit, die zu einem beruflichen Ausbildung drängt, oft in eine einjährige umgewandelt, an die sich Fachunterricht an einer Berufsausbildung anschließen. Auch an die städtischen Frauenschulen ist seit 1916 eine berufliche Ausbildung angegliedert worden. An die Unterstufe (Allgemeine Frauenschule), in die Volksschülerinnen zu ihrem aufgenommen werden, schließen sich Fachkurse zur Ausbildung von Kindergartenlehrerinnen und Hortnerinnen an. (Eintritt ebenfalls zu Eltern, Dauer 1 Jahr.) Der Fachunterricht der Fachkurse durch die kaufliche Kindergartenlehrerinnen und Hortnerinnenprüfung eröffnen sich den jungen Mädchen gute Aussichten auf Stellungen verdienender Art. Die berufliche Ausbildung führt zusammen mit derjenigen, die jedes junge Mädchen in der Ausbildung ihrer Pflichten im eigenen Haus und in der Gemeinde sich erwerben muß. Die berufliche Ausbildung der städtischen Frauenschulen (Burgstr. 45) hat sich seit 2 Jahren noch dahin erweitert, daß einjährige Kurse für Ausbildung von U-berleitetinnen eingerichtet sind. Die U-berleitetinnen haben für die Ausbildung ihrer Pflichten im eigenen Haus und in der Gemeinde einen besonderen Wert. Sie sind befristet, größere mehrjährige Kindergartenlehrerinnen zu leiten (Kindergärten, Kinderheimen, Ferien usw.) an Frauenschulen oder Seminaren die Ausbildung von Schülerinnen zu übernehmen, für diese letztere sind die U-berleitetinnen in der Reichsaufsichtungsordnung den wissenschaftlichen Lehrkräften an höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend gleich gestellt und in Gehaltsgruppe 8 eingestuft.

An den meisten Stunden kann, wenn es der Blick erlaubt, einige Gasthörerinnen teilnehmen, und zwar nicht nur an denen, die der allgemeinen Bildung dienen, sondern auch an solchen, die sich auf den Kernpunkt der Frauenschule, den sozialpädagogischen Unterricht beziehen: Erziehungswissenschaft, Jugendfürsorge, Jugendliteratur, Natur und Kunstlehre, Handarbeiten. Denn die sozialpädagogische Berufsbildung soll dem weiblichen Mädchen nicht nur zur Berufsbildung dienen, sondern ein Bestandteil der weiblichen Bildung überhaupt sein.

Dieser 1921 soll, wenn die ministerielle Befähigung dazu erstreckt wird, sich die genügende Anzahl von Schülerinnen anschließen, die eine Fortbildung für Schülerinnen der Volksschule von zwei Jahren eröffnen werden. Nach dieser Zeit können die Schülerinnen in die allgemeine Frauenschule einströmen. Es wird hiermit von unserer Seite ein neuer Weg eingeschlagen, die so bedeutsame Bildung des weiblichen Mädchens zur Mutter und Bürgerin zu vertiefen.

Kleinrentnerschiedsgericht.

Auf Grund des § 6 der Kleinrentner- und Kleinrentnerlandordnung vom 31. Juli 1919 (R. G. Bl. S. 1371) und § 6 der Kleinrentnerlandverordnung vom 31. Juli 1919 (R. G. Bl. S. 288) ist dem Witzmannsdorfer Gemeindefachbeschlusses ein beförderter sachmännlicher Ausschuss als Kleinrentnerschiedsgericht die Wahrnehmung der Aufgaben gemäß § 14 und § 16 der Kleinrentner- und Kleinrentnerlandordnung vom 31. Juli 1919 übertragen worden.

Advertisement for Maggi's Würste (Maggi's Sausages). The image shows a hand holding a sausage on a fork, with the text 'Maggi's Würste altbewährt' (Maggi's Sausages, time-tested). Below the image, it says 'Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt' and 'urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210208049/fragment/page=0001'.

Die Reichstagsverhandlungen im Verdingungsgesetz

Um die beim Abschluss des Reichstagsfortschritts in der Verdingungsgesetz...

Kein Streik der Maßschneider. Wie uns von authentischer Seite mitgeteilt wird...

Naturwissenschaftlicher Verein für Gaden und Thüringen. Mittwoch, den 9. Februar...

Von der Straße. Gestern nachmittags löste sich in der Merseburger Straße ein Verkehr...

Lebensmittelfalter.

Städtischer Verkauf in der Talamulskule am Mittwoch, den 7. Februar...

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamulskule am Mittwoch, den 9. Februar...

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Stadttheater. Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, gelangt das deutsche Märchen...

Freie Volkshochschule. III. Wert (Kotabalk, Erster Klasse). D. Mittwoch den 9. Febr.

Gallspiel. des russischen Balletts Jutta Jentich. Das russische Ballett Jutta Jentich...

Gallspiel. des russischen Balletts Jutta Jentich. Das russische Ballett Jutta Jentich...

Dr. Richard Strauß der bereits wiederholt eigene Werke im Halle'schen Stadttheater...

Professor Franz Schreier, der die hiesige Inventionierung der 'Geschichten'...

Professor Habel in der Literarischen Gesellschaft. Der Dresdener Literaturhistoriker...

nicht nur ein feiner Reaktor und ein Stoff, der seinem Schicksal Erich Schmidt gleichkommt...

Familien-Nachrichten.

Befohle: Martha Schröder Kurt Wild, Bad Kösen. Verstorben: Max...

Wasserstand.

Wasserstand der Elbe bei Trossa am 7. 2. 92 um 8. 27 m

Berantworlich ist polit. Zeit: Curt Jacob. M. F. für den polnisch-lituanischen...

Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft.

Aktienkapital und Reserven Mk. 250 000 000. Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692.

Familien-Nachrichten. Am Sonntag früh 2 1/2 Uhr entschlief nach längerem Leiden...

Gebr. Bethmann Werksstätten für Wohnungskunst. Halle a. d. S., Gr. Steinsstraße 79-80.

Offene Stellen. Jüngeres hohes Dienstmädchen für bessere Haushaltung...

Mietgesuche. Jung geb. Kaufmann sucht zum 1. März möbliertes Zimmer...

Natur-Rotwein hervorragende Qualität, nicht herb. 18er Montagne Jostberger...

Stadt-Theater Fiedlo. Donnerstag: Glaube und Heimat. Solbad Fürstentum...

Frau Henriette Stolle geb. Hempel im 83. Lebensjahre. Berlin W. Rosenheimerstr. 19, den 5. Februar 1921.

Zu verkaufen. Kleines, aber schönes Dreifamilien-Wohnhaus in Wertheimstraße...

Modernes Wohnhaus in Verlegerstraße 10. 3 Zimmer, Küche, Bad, etc.

Wo kaufen Sie am preiswertesten? Sally Biletzky...

Geschäfts-Anzeiger. Alle Haararbeiten. Zöpfe. Damenhaar. Zopf-Siebert...

Verein f. Feuerbestattung in Halle a. d. N. Umgehend 5. V. Mitteldeutschland...

Ich bin raffiniert. Raffiner Klinge. Guernahin.

Modernes Wohnhaus in Verlegerstraße 10. 3 Zimmer, Küche, Bad, etc.

Pachtgesuche. In der Nähe des Bahnhofs ein Grundstück...

Gebr. Dang'owitz. Achtung: Billige Plätzwäsche. Sechsbare 50 Stk.

Alle Haararbeiten. Zöpfe. Damenhaar. Zopf-Siebert. Schönte-Fabrik...

Dampf-Waschanstalt. Marienstraße 2. 2 Minuten v. Bahnhof entfernt.

Kontrollkasse. Kontrollkasse für alle e- und f-Verkehr...

Leihweise schöne Bücher billig. Gr. Ulrichstraße 52.

Leihweise schöne Bücher billig. Gr. Ulrichstraße 52.

Leihweise schöne Bücher billig. Gr. Ulrichstraße 52.

Leihweise schöne Bücher billig. Gr. Ulrichstraße 52.

Abrechnung

mit den Feinden des Volksstaates!

Deutsch sein heißt echt, wahrhaft, treu, mannhaft, ehrlich und biedert sein; heißt ein heißes mitfühlendes Herz durch den gerechten, sachlich und mit wissenschaftlicher Gründlichkeit abwägenden Verstand lenken lassen; heißt in Selbstsucht und christlicher Demut die eigenen Fehler erkennen und nicht mit Haß und Ueberhebung auf andere herabsehen; heißt äußerlich bescheiden, aber innerlich gesammelt und gefestigt zielbedürftig am Guten arbeiten.

National sein, denken und handeln heißt im Sinne des einheitlichen Volkswillens dem Wohle des gesamten Volkes und des vom Vertrauen der Volksmehrheit getragenen Staates dienen.

Die „Deutschnationalen“ aber schlagen diesen Grundtönen ins Gesicht. In ihren Wahlausrufen greifen sie zur Lüge und Verleumdung, predigen den Haß, machen den Mehrheitswillen des Volkes verächtlich, beschimpfen und verhöhnern das souveräne Volk und sprechen seiner Mehrheit Deutschtum und Vaterlandsempfinden ab, damit aber helfen sie sich selbst hin, als

Feinde echten, nationalen Deutschiums,

das kein Privileg irgend einer gewalthungrigen Oberschicht ist und von dieser nicht den gehorhamen Untertanen in einer Form, wie sie „sie versteht“, ausgezwungen werden kann.

Die „Deutschnationalen“ handeln unwahrhaftig mit den Hundert- und mehrmal wiederlegten Angriffen die sie in ihren Wahlausrufen gegen die Demokraten richten.

Die „Deutschnationalen“ handeln unehrlich, wenn sie verschweigen oder verschleiern, daß ihr einziges Ziel ist, den freien Volksstaat zu zertrümmern, um das nach ihrer Auffassung unreife deutsche Volk wieder unter den Herrscherwillen eines von einer kleinen Schicht beratenen Herrschers zu zwingen, der den Kreisen wieder die Gewalt gibt, die uns während des Krieges falsch geführt und unseren Zusammenbruch herbeigeführt haben.

Die „Deutschnationalen“ handeln unehrlich, wenn sie die Demokraten als die Träger der Verletzung des Staatsgedankens und als Schleppenträger des Sozialismus bezeichnen, obwohl sie genau wissen daß die Demokratie unveränderlich auf dem Boden der bürgerlich-individualistischen Wirtschaftstheorie steht. Schützerin und Trägerin der Genossenschaftsidee ist und in der Weimarer Verfassung eine Staatsform geschaffen hat, die allen Volksschichten die denkbar größten Rechte, aber auch die denkbar größte Verantwortung für das Staatsganze zuweist.

Die „Deutschnationalen“ handeln unchristlich, indem sie den Haß predigen gegen eine Minderheit deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, deren Staatsbürgerrechte verfassungsmäßig gesichert sind, und indem sie den Antisemitismus als den Vorspann für ihre politische Agitation benutzen. Haßpolitik ist unwürdig einer Partei, die sich als Schützer des Altars aufspielt.

Die „Deutschnationalen“ handeln undeutsch, wenn sie in einer Zeit, in der die denkbar größte Gedanken- und Willenskonzentration des ganzen deutschen Volkes erforderlich ist, um die aus dem Frieden von Versailles und dem Pariser Tiktat drohenden Gefahren abzuwehren, den Keil der Fivietracht in die Massen treiben und auf den Idealen der Mehrheit des Volkes in sinnloser Wut herumtrampeln.

Das deutsche Volk sollte sich einen derartigen Mißbrauch seiner heiligsten Güter, seines Deutschiums und seines Nationalempfindens energisch verbitten.

Demokratie ist Volkswille

Unter der demokratischen Partei stehen keine Interessentengruppen, deren Sonderinteressen geschützt werden sollen und die aus Kriegsgewinnen stammende gewaltige Mittel zur Verfügung stellen. Unter ihr stehen auch nicht festorganisierte Berufsgruppen, bis, wie es bei den sozialistischen Parteien der Fall ist, für ihre Ideale verhältnismäßig hohe Beiträge zu opfern bereit sind. Die Demokratie kann nur damit rechnen, daß die demokratische Staatsauffassung immer weitere Kreise erfaßt durch die Folgerichtigkeit der Idee, die Jedem das Seine geben und nur durch das Vertrauen der Volksmehrheit gestützte Staatsautorität sichern will.

Demokratie ist deutsch, national und sozial bis in den innersten Kern ihres Wesens.

Wähler und Wählerinnen erkennen, worum es bei der Dege gegen die Demokraten in Wirklichkeit geht!

Man will Euch die Freiheit des Selbstbestimmungsrechtes nehmen!

Man will den freien Volksstaat zertrümmern!

Wehrt Euch dagegen!

Stärkt die wirkliche Gemeinschaft der Mitte!

Wählt am 20. Februar demokratisch!

Sorgt dafür, daß die demokratische „Saale-Zeitung“, die die Interessen des freien Volksstaates vertritt, die weiteste Verbreitung findet und der demokratischen Sache neue Anhänger zuführt.